

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 0564

## Inhalt

Norbert Gansel MdB zur bundesdeutschen Rüstungshilfe für Libyen: Nach dem Giftgas jetzt auch noch Raketen?  
Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zur Notwendigkeit, den Jugendlichkeitswahn in unserer Gesellschaft zu überwinden: Wir müssen unser Bild vom Alter ändern.  
Seite 3

### Dokumentation:

Die SPD-Politikerin Margitta Terborg unterbreitete bei dem Forum „Junge Parlamentarier Europas, der USA und Kanadas“ in Warschau einige Vorschläge für die „Zusammenarbeit junger Menschen“, die wir im Wortlaut wiedergeben.  
Seite 5

44. Jahrgang / 170

5. September 1989

Nach dem Giftgas jetzt auch noch Raketen?

Zur bundesdeutschen Rüstungshilfe für Libyen

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Über die „mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen“ (die offizielle Bezeichnung des Berichtes der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vom Februar dieses Jahres) gibt es eine de-facto-Nachrichtensperre.

Zur Erinnerung: Zu Beginn dieses Jahres wurde eine solche Beteiligung von der Bundesregierung kategorisch bestritten. Man sprach von einer „antideutschen Kampagne amerikanischer Medien“. Die Wahrheit kam unter dem Druck journalistischer Recherchen, mehrerer Bundestagsdebatten und einiger Interventionen des amerikanischen Verbündeten ans Licht: Für die C-Waffen-Produktion in Libyen waren nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch Firmen aus der Bundesrepublik (auch eine aus einem „Staatskonzern“) aktiv. Im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung gab es dafür einige Dutzend Hinweise und Erkenntnisse, die - aus welchen Gründen auch immer - verdrängt worden waren, obwohl die USA unverhohlen mit militärischen Aktionen gegen die Aufnahme der Giftgasproduktion in Libyen drohten.

Ist diese doppelte Gefahr - Giftgas in der Verfügungsmacht Ghaddafis und militärische Konfrontation im Mittelmeer (an den Grenzen des Nato-Bereichs) - gebannt? Was hat die Bundesregierung in ihrer doppelten Mithaftung getan?

Über das Ergebnis staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, die im Februar in Gang gekommen sind, ist nichts bekannt. Auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen der Giftgasproduktion in Samara/Irak haben nach zwei Jahren noch zu keiner Anklage geführt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzfalten-Ümwalte  
zu rechteckigen Blättern  
Kreuzfalten-Papier



Die Bundesregierung hat zwar einige Exportverordnungen verschärft, die Zulieferungen an Libyen erschweren. Der Gesetzentwurf, der die Beteiligung Deutscher an der C-Waffen-Produktion unter Strafe stellt, ist aber noch längst nicht in Kraft. Er ist noch nicht einmal in den Ausschüssen beraten worden. Die weitere Mitwirkung Deutscher an Ghaddafis Giftgasproduktion läßt sich zur Zeit nicht verhindern.

Im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages hat sich Außenminister Genscher seit dem 18. Januar trotz Anmahnungen und Zusagen nicht mehr sehen lassen. Der sogenannte Schäuble-Bericht und die diesbezüglichen Bundestagsanträge konnten deshalb nicht abschließend beraten und an das Plenum überwiesen werden.

Diese Brüskierung des Parlaments läßt sich leider nicht nur durch die gesundheitlichen Schwierigkeiten des Außenministers entschuldigen.

Genscher bringt sich und die Außenpolitik der Bundesrepublik dadurch in ein schiefes Licht. Braut sich eine neue Krise um Libyen zusammen?

Es gibt Informationen, daß in Rabta weiter an der C-Waffen-Produktion festgehalten wird. Und es gibt Informationen, daß die USA bereit sind, diese Produktion, die durch das Völkerrecht bedauerlicherweise nicht verboten ist, notfalls durch militärische Aktionen zu verhindern. Die gegenwärtige Ruhe kann täuschen. Sie kann eine Ruhe vor dem Sturm sein. Die Bundesregierung ist aufgefordert, Warnsignale nicht noch einmal zu überhören!

Für die Bundesrepublik ist dabei von besonderer Brisanz, daß die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München nun auch Ermittlungen hat aufnehmen müssen wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz, die das libysche Raketenentwicklungsprojekt „Ittisalt“ betreffen. Wird aus der Bundesrepublik nicht nur am Giftgas für Ghaddafi mitgemischt, sondern auch noch an den Raketen gearbeitet, die dieses Giftgas befördern sollen?

Die Mitwirkung Deutscher und deutscher Firmen an der Entwicklung von Mittelstreckenraketen in Argentinien, in Ägypten, im Irak und in Libyen, die Verwicklung des Quasi-Staatskonzerns MBB in diese Affären, könnte sich als eine noch schlimmere Belastung der deutschen Außenpolitik erweisen als die Affäre um die Giftgasfabrik in Rabta. Hat die Bundesregierung durch ihre nachlässige Rüstungsexportpolitik nicht verhindern können, daß deutsche Staatsbürger und Firmen aus der Bundesrepublik ausgerechnet in Kriegs- und Krisenregionen der Dritten Welt an der Entwicklung jener gefährlichen Mittelstreckenraketen beteiligt sind, von denen Europa durch das sogenannte INF-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion befreit werden soll?

Die Bundesrepublik wird sich der parlamentarischen Kontrolle nicht entziehen können. Wenn sie sich nicht in den vertraulich tagenden Ausschüssen des Bundestages stellt, wird sie dem Parlament öffentlich Rechenschaft ablegen müssen.

(5.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Wir müssen unser Bild vom Alter ändern

Zur Notwendigkeit, den Jugendlichkeitswahn in unserer Gesellschaft zu überwinden

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Der Anteil der über 60jährigen Frauen und Männer nimmt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten enorm zu, die Alterspyramide wird fast auf den Kopf gestellt werden. Staat und Gesellschaft dürfen darauf nicht kopflös und/oder gleichgültig reagieren oder gar Aggressionen gegenüber der älteren Generation entfalten. Diese Daten müssen vielmehr stärker als bisher die politische Praxis von Staat und Gesellschaft beeinflussen. Staat und Gesellschaft brauchen die Älteren und die Älteren brauchen den Staat und die Gesellschaft.

Es gilt, die Belange der älteren Arbeitnehmer zu wahren, nur so kann auch die junge Generation darauf vertrauen, daß ihr Solidaritätsbeitrag heute eines Tages ebenfalls entlohnt wird. Ich werde meine Stimme für eine Heraufsetzung der Altersgrenze nicht heben und weiter dafür kämpfen, daß bei der Rentenreform 1992 darauf verzichtet wird. Der Bundesarbeitsminister muß die Rentensituation auf der Grundlage der Aus- und Übersiedler neu berechnen: 200.000 Beschäftigte mehr bringen rund 1,5 Milliarden DM Beitragsmehreinnahmen. Die etwa zwei Milliarden DM, die durch die Heraufsetzung der Altersgrenze eingespart werden sollen, lassen sich auf andere Weise erwirtschaften, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen. Außerdem ließe sich durch einen phantasievollen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand im Interesse von Arbeitnehmern, Wirtschaft und Staat noch manches besser bewegen als das Fallbeil Altersgrenze.

Wir müssen unser Bild vom Alter ändern. Das Vorurteil gegenüber dem Alter und gegenüber den Älteren in unseren Köpfen entspricht in vielfacher Weise nicht mehr der Lebenswirklichkeit. Weder gehörten „alt und krank“ noch „alt und weise“ automatisch zusammen. Es gibt mindestens ebensoviele junge Alte wie vergreiste Junge, die schon mit 20 Jahren den Deckel zugemacht haben. Wir müssen uns von den alten Denkschablonen befreien. Staat und Gesellschaft müssen Rahmenbedingungen für ein Leben schaffen, das allen Generationen Chancen eröffnet und auf ihre Bedürfnisse eingeht. Dabei hat nicht nur die junge Generation Anspruch auf Förderung und Entwicklung, die ältere Generation hat ebenfalls ihre Ansprüche auf Rahmenbedingungen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Dabei ist die soziale Absicherung durch Alterseinkünfte, die Gesundheits-sicherung und altersgerechtes Wohnen im Zentrum der materiellen Überlegungen.

Dazu gehören aber auch Vorkehrungen der inneren Sicherheit, die das Vertrauen in körperliche Unversehrtheit und Geborgenheit als Voraussetzung für die Entfaltung im Alter nachhaltig sichert. Wir müssen die Ängste und Sorgen der Älteren gegenüber Gewalt und Kriminalität ernst nehmen und sehen, daß ohne innere Sicherheit die soziale Sicherheit nachhaltig entwertet wird.

In einer im Durchschnitt immer älter werdenden Gesellschaft brauchen wir eine konzertierte Aktion von Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch von Staat und Gesellschaft, die Rahmenbedingungen für ein anregendes und menschenwürdiges Leben im Alter schafft. Das beginnt mit dem Kampf gegen die Altersarmut, insbesondere der Frauen durch die Rente nach Mindesteinkommen und die Aufbesserung der Rentenbiografien von Frauen und findet seine dringende Fortsetzung in der menschenwürdigen Vorsorge gegen das Pflegerisiko.

Die SPD will im Gegensatz zur Union ein echtes Pflegegesetz, das aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden muß. Heute müssen die Beitragszahler und die Kranken für den Einstieg in Pflegeleistungen aufkommen. Das ist weder gerecht noch auf die Dauer ausbaufähig. Jedefrau und jeder Mann kann jeden Tag ein Pflegefall werden. Deshalb will die SPD zusammen mit den Gewerkschaften eine Regelung durch ein Pflegegesetz mit klaren Leistungsansprüchen und finanziert aus allgemeinen Steuermitteln.

Hinzu kommt immer drängender die Wohnungspolitik und die Pflege des sozialen Wohnumfeldes durch ambulante soziale Dienste, die in der Lage sind, zu erschwinglichen Preisen die nachlassende Fähigkeit zur Eigenversorgung zu kompensieren und die nahen Angehörigen zu entlasten.

Mit den jüngsten Tarifabschlüssen für den Pflegebereich ist damit ein strategischer Durchbruch zu einer altengerechten Dienstleistungsgesellschaft gelungen. Das muß in den nächsten Jahren zielstrebig ausgebaut werden. Kennzeichen gesellschaftlichen Reichtums in den nächsten Jahrzehnten würden neben der optimalen Bewältigung der Umweltvorsorge die soziale Infrastruktur für ein humanes Leben im Alter darstellen.

Die materiellen Fragen sind notwendige Voraussetzungen für die ideellen Antworten, die wir auf unsere gestiegene Lebenserwartung zu geben haben. Es muß Schluß sein mit dem Jugendlichkeitswahn und mit dem Herausdrängen der Älteren aus dem politischen und gesellschaftlichen Prozeß. Die ältere Generation ist ein schlafender Riese, der sich seiner Kräfte bewußt werden muß. Mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben beginnt ein Lebensabschnitt, der Entfaltung und Erfüllung bringen kann, leider immer noch häufig in Vereinsamung und Frustration verkommt. Es gilt, zusammen mit den Älteren die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus müssen wir uns wirklich überlegen, ob es nicht doch gelingen kann, etwas mehr von der Ruhe des Alters in die Hektik des Berufslebens zu bringen. Das richtet sich vor allem an die Männer, die vieles mit geringerer Lebenserwartung bezahlen müßten - und ihre vereinsamten Partnerinnen mit ihnen. So wie gefordert wird, daß in das berufliche und politische Leben neben dem männlichen Prinzip auch das weibliche korrigierend und komplettierend einfließen muß, so braucht eine humane Leistungsgesellschaft auch die Einflüsse der Gelassenheit des Alters. (-/5.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**

---

**Margitta Terborg: Zum friedlichen Miteinander mit allen Völkern bereit**

---

Auf dem Forum „Junge Parlamentarier Europas, der USA und Kanadas“ in Warschau unterbreitete die sozialdemokratische Politikerin Margitta Terborg einige Vorschläge, die geeignet erscheinen, das Zusammenleben der jungen Menschen im gesamteuropäischen Maßstab zu fördern. Die Vorstellungen der Bundestagsabgeordneten stießen auf die Aufmerksamkeit der Tagungsteilnehmer und finden sich im Schlußbericht der Arbeitsgruppe II „Rolle und Möglichkeiten der Parlamente bei der Schaffung von entsprechenden Voraussetzungen für die Zusammenarbeit junger Menschen“. Nachstehend der Redebeitrag von Margitta Terborg.

Sie werden es einer deutschen Politikerin nicht verargen, wenn sie einleitend auf das Datum eingeht, das uns hier in Warschau zusammengeführt hat. Vor fünfzig Jahren begann der verbrecherische Zweite Weltkrieg, und Polen war sein erstes Opfer.

Die meisten heute lebenden Bürger der Bundesrepublik Deutschland waren zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht auf der Welt. Auch ich nicht. Aber wir sind die Erben dessen, was im deutschen Namen den Völkern Europas angetan wurde. Frei von persönlicher Schuld, nicht frei von dem Makel, der auf unserem Volk lastet.

Wir wollen nicht vergessen, und meine Generation appelliert nicht an das Vergessen der Welt. Wir wollen durch unser Handeln beweisen, daß wir aus der Geschichte gelernt haben und zum friedlichen Miteinander mit allen Völkern fähig und bereit sind. Die Hand, die uns das polnische Parlament mit der Einladung zu diesem Forum gereicht hat, ergreifen wir dankbar.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung meines Landes begrißt die Volksrepublik Polen als unverzichtbaren Partner in Europa. Diese Partnerschaft kann nur wachsen, wenn Polen die Gewißheit hat, daß es in gesicherten und allseits respektierten Grenzen existiert.

Unsere eigene Geschichte hat uns Deutschen auferlegt, unserem polnischen Nachbarn diese Gewißheit zu geben. Wieder spreche ich für die überwältigende Mehrheit der Bürger meines Landes, wenn ich feststelle, daß wir zu dieser Verpflichtung stehen. Ich glaube, eine solche Feststellung gehört zu den Fundamenten des Baus eines gemeinsamen Europäischen Hauses. Und der Bau dieses Hauses ist unverzichtbar für die Zukunft unseres Kontinents.

Unser politisches Mandat - in welchem Parlament wir auch sitzen - rechtfertigt sich allein durch die Lösung der Aufgabe, unser Europa

- zu einem Kontinent des Friedens zu machen,
- ihn vor der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren,
- allen Menschen ihre Würde, ihre Freiheit, ihr Lebensrecht zu garantieren,
- und solidarischer Partner aller Völker der Erde zu sein.

Was wir heute anstoßen, werden andere zu vollenden haben. Damit dies möglich ist, möglich wird, brauchen wir die Mitarbeit der jungen Menschen am Bau des Gemeinsamen Europäischen Hauses. Ich denke, wir sollten in unseren Parlamenten den Weg frei machen zur Schaffung eines Gesamteuropäischen Jugendwerkes. Und auf dem Wege dahin das Netz bilateraler Jugendwerke ausbauen.

Wir sollten Hunderte, Tausende, Zehntausende von Begegnungen junger Europäer fördern

- auf dem Gebiete des Jugendaustausches,
- durch den Austausch junger Facharbeiter und Studenten,
- durch den Austausch junger Forscher, Publizisten, Lehrer, Künstler, Umweltschützer und Politiker aller Ebenen.

Wir sollten den Elan, das Engagement, den Idealismus der jungen Generation unserer Völker gesamteuropäisch bündeln helfen und zur Entfaltung bringen.

Das sportliche Kräfteressen der jungen Europäer funktioniert schon recht gut. Was wir brauchen, ist eine Europeade der Menschlichkeit.

Wer, wenn nicht wir, könnte, ja müsste sie anstoßen. Manchen von Ihnen mag das zu idealistisch, manchen vielleicht gar illusionär vorkommen. Sicher ist es im Moment nur eine Vision. Aber ohne Visionen bauen Sie keine neue Welt, ohne Idealismus kein neues Europa. Es liegt an uns, den Politikern, aus Visionen Realitäten werden zu lassen.

Verbrecher stürzten vor fünfzig Jahren Europa und die ganze Welt ins Unglück, bündelten die Energie ihres Volkes zur Erreichung eines wahnwitzigen Zieles. Bündeln wir, entfesseln wir die Energien unserer Völker für das Ziel eines Gemeinsamen Europas in einer friedlichen, überlebensfähigen, freien und gerechten Welt!

(-/5.9.1989/vo-he/rs)

\* \* \*